

Meinhard Creydt:

Auseinandersetzung um Konzepte für die nachkapitalistische Gesellschaft

Antwort auf die im Rundbrief „Commonismus und Kommunalismus in und um Berlin“ vom 1.5.2018 enthaltene Auseinandersetzung mit meinem Artikel „Wunschdenken über Commons und „Commonismus““ (in: labournet vom 16.4.2018 und in <http://www.meinhard-creydt.de/archives/730>)

Ihr bezieht Euch positiv auf Räte, Dezentralisierung, Förderalismus und Kommunalismus, ohne diese Begriffe inhaltlich zu füllen. Ich formuliere erstens einige Fragen zu diesen Konzepten. Zweitens antworte ich auf Eure Einwände zu meinem Plädoyer dafür, dass es heute politisch sinnvoll ist, sich mit Problemen einer nachkapitalistischen Zukunft auseinanderzusetzen.

Für eine umfassende Demokratisierung einzutreten ist begrüßenswert. Ihr sprecht so selbstverständlich von Räten, als sei sonnenklar, um was für Konzepte es sich dabei handele. Dazu, wie mit „Räten“ die (auch in meinem Artikel (in Anm. 4) angesprochenen) Probleme der Basisdemokratie angegangen werden können, sagt Ihr nichts. Leider ist das nicht das einzige Mal, dass Ihr Problemlösungen präsentiert, die von den Problemen, auf die sie antworten sollten, absehen. Zu den immanenten („Konstruktions“-)Problemen der Räte Demokratie vgl. Paul Kevenhörster: Das Räte system als Instrument zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht. Opladen 1974.

Dezentralisierung?

Ihr sprecht positiv von Kommunalismus und radikalem Föderalismus, ohne auszuführen, was Ihr damit meint, und ohne Euch den massiven Problemen zu stellen, die sich durch Dezentralisierung ergeben. Außerhalb der Landwirtschaft vergrößert sich bei einer Dezentralisierung von Produktionsanlagen der Aufwand an Transporten. Die für die Produktion notwendigen Rohstoffe, Vorprodukte u. ä. müssten an viele kleine Standorte anstatt an wenige große Produktionsanlagen geliefert werden. Insofern Rohstoffe und Vorprodukte massereicher sind als Produkte, lassen sich letztere leichter transportieren. Daraus folgt, dass die Transporte für Vorprodukte und Ressourcen hin zu vielen dezentralen Produktionsanlagen ökologisch ungünstiger und ökonomisch ineffizienter ist als der Transport von Produkten. (Analoges gilt für das Einsammeln und Recyceln der Abfälle.)

Die Anschaffungskosten für in dezentralisierten kleinen Produktionsanlagen eingesetzte „teure Universalmaschinen“ entsprechen nicht ihrer Auslastung, wenn Teile mit ihnen hergestellt werden, „die man viel billiger und schneller in großen Mengen auf einfachen Maschinen oder, bei großen Stückzahlen meist noch rationeller, ohne Abfall und den jeweiligen Anforderungen entsprechend, durch Gießen, Pressen oder Gesenkschmieden herstellen und dann an den Ort ihrer Verwendung schicken könnte“ (Rainer Fischbach: Mensch Natur Stoffwechsel. Versuche zur Politischen Technologie. Köln 2016, 165f.).

Föderalismus

Wie entscheiden die vielen kleinen Gemeinden gemeinsam über die gesamtgesellschaftlich erforderlichen größeren Produktionsanlagen und über die gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturen? „Wer ... soll die Kontrolle über die Großbetriebe ausüben? Gemeinwesen München besitzt Siemens? Oder besitzt jedes Gemeinwesen, in dem ein Betriebsteil von Siemens steht, seinen Betriebsteil? Und blockiert dann die Gesamtproduktion, wenn es Unstimmigkeiten gibt?“ (Jan Kötner: Zu Fotoupoulos' ‚inklusive Demokratie‘ und dem Parecon-Konzept. In: Das Argument,

Nr. 286, 2010, S. 217). Schon das Beispiel von Stuttgart 21 zeigt, wie schwierig es ist zu entscheiden, wer von einem Projekt „betroffen“ ist: Die Stuttgarter, die von den Veränderungen tangierten Bahnpassagiere oder die Steuerzahler, die für die Kosten aufkommen? Wie soll das Verfahren aussehen, in dem diese ganz verschiedenen Gruppen der Bevölkerung über das Bahnhofprojekt entscheiden? Ihr führt Worte wie „Föderalismus“ positiv im Munde, ohne auch nur einen Gedanken zu nennen zu dessen realen Problemen, die sich bspw. im früheren Jugoslawien zeigten. Vgl. dazu Anm. 5 und das Zitat von Stojanovic in meinem Artikel. „Selbstverwaltung der Betriebe“ stellt einen Versuch dar, die Hierarchie im Betrieb zu bearbeiten, nicht aber den Bezug der verschiedenen Betriebe zueinander. Wie wird in Eurem „Föderalismus“ umgegangen mit Konflikten zwischen verschiedenen Gemeinden (z. B. einem landwirtschaftlichen Projekt auf gutem Boden und einem landwirtschaftlichen Projekt auf schlechtem Boden). Was passiert, wenn bestimmte Handlungsweisen für ein Kollektiv wünschenswert sind, aber für andere negative externe Wirkungen zeitigen? Wie lässt es sich erreichen, dass Kompetenzen und Neuerungen, die in einem Betrieb oder einem Kollektiv oder einer Gemeinde entwickelt werden, auch anderen zur Verfügung stehen und nicht als exklusives Mittel (Quasi-Monopol) dienen, mit dem die jeweilige Gruppe Vorteile erreicht zulasten anderer?

Es bedarf schon einer verbindlicheren Zusammenarbeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, als dies sich in der „Peer-Ökonomie“ vorgestellt wird. Wenn bei Wikipedia eine Markierung hinterlassen wird („Dieser Artikel sollte an dieser Stelle weiter bearbeitet werden“) und jemand dies dann irgendwann tut, so geschieht dies unverbindlich. Bei der Bahn, bei ineinandergreifenden Lieferketten und Weiterverarbeitungen in der Produktion oder auch im Krankenhaus erwarten wir eine zuverlässigere Abstimmung der verschiedenen eng miteinander verkoppelten Handlungen. Eine Gesellschaft ist etwas anderes als eine lose Kooperation von Projekten. Die Peer-Produktion nimmt zudem ihren Ausgang von der Zusammenarbeit an einem Projekt. Hier verfügen die verschiedenen Beteiligten mehr oder weniger über einen gemeinsamen geteilten Bestand an Wissen und Qualifikationen zum jeweiligen Thema. Eine völlig andere Frage ist, wie sich Leute aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen assoziieren können. Pädagogen werden nicht wissen, welche immanenten Erfordernisse und Logiken in der Praxis von Ingenieuren existieren (und umgekehrt). Wie aber Leute aus den in einer modernen Gesellschaft arbeitsteilig ausdifferenzierten Bereichen mit völlig verschiedenen (bereichsspezifischen) Sprachen so miteinander kommunizieren, dass sie nicht aneinander vorbeireden, ist eine weitere Frage, über die Ihr Euch erhaben zeigt. (Der vorliegende Fehler hat eine lange Geschichte. Gern schlossen Linke aus der Koordination und Planung innerhalb e i n e s Betriebs darauf, was betriebs i n t e r n möglich sei, sei deshalb auch gesamtgesellschaftlich möglich.)

Eigenproduktion und 3D-Drucker

Insofern Ihr zur nachkapitalistischen Zukunft nicht konkret werdet, muss ich spekulieren, was Ihr meint. Bei Freunden von Dezentralisierung ist die Vorstellung beliebt, industrielle Produktion durch Eigenproduktion per 3D-Drucker ablösen zu können. Er ist „ein wunderbares Werkzeug für den Modellbau und manchmal auch für Teile in kleinsten Stückzahlen ...“, doch außer, vorwiegend aus Kunststoffen bestehenden, Teilen, die in großen Stückzahlen mit herkömmlichen Verfahren schneller und bei größerer Ressourceneffizienz herzustellen sind, kann man damit nichts machen und Transportkosten spart er auch keine. Die Anwendung der additiven Verfahren auf metallische und keramische Werkstoffe ist zwar möglich, doch verlangt sie hohen Energieeinsatz und teure Maschinen, die ... außerhalb der Reichweite von Privathaushalten liegen. Materialeigenschaften, wie sie gewalzter oder geschmiedeter Stahl aufweisen, sind damit nicht ohne weiteres erzielbar, um von spezifischen Oberflächeneigenschaften – Toleranz der geometrischen Dimensionen, Oberflächenhärte, Reibungskoeffizient, Widerstandsfähigkeit gegen Chemikalien etc. –, die in der

heutigen Technik eine herausragende Rolle spielen, ganz zu schweigen“ (Fischbach 2016, 167).

Ein weiteres Argument betrifft die Tatsache, „dass komplexe Produkte sich nicht auf ein Teil reduzieren lassen, sondern aus vielen Teilen bestehen, die zusammenpassen und -wirken müssen sowie schließlich zu montieren sind“. „Zur Sicherung all dessen“ gehört „eine industrielle Messtechnik, die nicht nur alles andere als billig ist, sondern zu deren Anwendung auch einige Expertise gehört“ (Ebd., 169). Die Unterschiedlichkeit der zu montierenden Teile erfordert zu ihrer „Herstellung ein weites Spektrum von Verfahren. Jene müssen nicht nur hinsichtlich ihrer Geometrie sowie ihrer Material- und Oberflächeneigenschaften aufeinander abgestimmt sein, sondern im Rahmen ihrer Spezifikation auch diversen Normen genügen. Die dazu erforderliche Mess- und Prüftechnik bzw. deren Anwendung liegt überwiegend ausserhalb der Möglichkeiten“ von kleinen dezentralen Produktionseinheiten (Rainer Fischbach; Gegen eine Politik des Wünsch-Dir-was: Die Linken sollten nicht alle denkbaren utopischen Erwartungen auf eine imaginäre „Digitalisierung“ projizieren. Neues Dtschld, 12.8.2017).

Wer eine persönlich verfügbare Allround-Maschine propagiert, hat „extrem unterkomplexe Vorstellungen vom Aufbau industrieller Produkte. Solche bestehen meist aus einer Vielzahl von Komponenten nicht nur von unterschiedlicher Geometrie, sondern auch mit, funktional bedingten unterschiedlichen stofflichen Eigenschaften – Dichte, Elastizität, Härte, molekulare bzw. kristalline Struktur, elektrische Leitfähigkeit, Wärmeleitfähigkeit, spezifische Wärme, thermischer Ausdehnungskoeffizient etc., die wiederum entsprechende Materialien und Bearbeitungsverfahren bedingen. Die Idee, dass eine einzige Maschine eine solche Vielfalt von Produkten hervorzubringen vermöchte, gehört ins Reich der Science Fiction“ (Ebd.). Die Vorstellung, „dass man die Materialvielfalt durch ein einziges, ‚3D-Drucker-kompatibles‘ Material ersetzen könnte, steht einfach nur für miserables Design“ (Ebd.).

„Planung“

Jede Volkswirtschaft muss die verschiedenen Güter und Arbeiten quantitativ zueinander ins Verhältnis setzen: Wieviel brauchen wir von x, von y, von z, so dass z. B. genügend Vorprodukte y für die Produktion des Gutes x da sind? Märkte scheinen das aller Erfahrung nach besser zu leisten als die vermeintliche Zentralplanwirtschaft im früheren Ostblock. Die bürgerlicherseits angebotene Lösung dieses Problems lautet dann auch: die Märkte werden's regeln. Wir akzeptieren diese „Lösung“ jedoch nicht. Ein Grund dafür: Negative Effekte wirtschaftlicher Aktivitäten (auf die Gesundheit, auf die Sozialbeziehungen, auf die „Psyche“, auf ökologische Lebensbedingungen u. a.) lassen sich in Preisen nicht angemessen darstellen. Die sich an Preisen orientierende Marktwirtschaft begünstigt bereits durch mangelnde praktische Aufmerksamkeit für die von ihr ausgehenden Schäden die Schadensverursachung. Also stellt sich die Frage, wie sich die negativen Effekte von Märkten einhegen lassen, wo sie durch direkte Beziehungen ersetzt werden können, wo über Proportionen öffentlich beraten, erwogen und entschieden wird, wo „man“ an Märkten auch in der nachkapitalistischen Gesellschaft nicht vorbeikommt. Leider unterschätzen die Vorschläge z. B. von Cockshott und Cottrell („Alternativen aus dem Rechner“, so heißt der Band wirklich) sowie von Heinz Dieterich zur computergestützten Berechnung der Arbeitszeiten die Schwierigkeiten. Wer beabsichtigt zu berechnen, wieviel gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit in einem Produkt steckt, hat sich einiges vorgenommen. Er oder sie müsste die Arbeitszeiten berechnen, die für die notwendigen Ausgangsmaterialien, für die verwendete Technik, für begleitende Dienstleistungen (Reinigung) und für die in die Produktion eingehende allgemeine Arbeit (Forschung und Entwicklung) erforderlich sind. All diese Größen stehen wiederum mit vielen anderen Größen in dauernder Wechselwirkung und verändern sich ständig. Auch komplexeste Berechnungsverfahren sind hier überfordert.

In der Gesellschaft muss es ein Bewusstsein davon geben, was in ihr geleistet werden kann, wenn anders es nicht dazu kommen soll, dass sie von ihrer Substanz lebt, sie also mehr ausgibt als erwirtschaftet. Es besteht in der nachkapitalistischen Gesellschaft zudem ein legitimes Interesse daran, die Effizienz von Betrieben vergleichen zu können. (Daraus folgt *n i c h t*, die Effizienz zum alleinigen oder zentralen Kriterium für die Gestaltung des Arbeitens zu machen.) Es ist bislang noch nicht gezeigt worden, wie die gesellschaftlich durchschnittliche notwendige Arbeitszeit sich anders als über Märkte herausstellen kann.

Märkte in ihrer Informationsfunktion wahrzunehmen heißt nicht, mit marktkonformen Hebeln (Anreizen & Sanktionen) ökonomische Prozesse steuern zu wollen. Wer letzteres will, müsste dafür eintreten, dass es z. B. keine politisch festgelegten Preise gibt (bspw. durch Subvention von Nahrungsmitteln, Wohnungen u. ä.). Gibt es sie, können kostengünstiger produzierende Betriebe andere Betriebe nicht preislich unterbieten und dadurch Vorteile erreichen. Bei den für die Wirkungsweise der Märkte zentralen Sanktionen (schlechte Position in der Konkurrenz, letztlich Konkurs) handelt es sich um keine neutralen Mittel für beliebige Zwecke. Wer die Anreize und Sanktionen von Märkten zur Steuerung nutzt, bedient und bestärkt mit ihnen „den antisozialen Impuls enger sektionaler oder privatinteressierter Motivationen“ und Interessen (Pat Devine: *Market Socialism or Participatory Planning?* In: *Review of Radical Political Economics*. 1992, Vol. 24, Nr. 3-4, S. 85). Diese Problematik war bereits zu früherer Zeit in der Diskussion um ‚materielle Anreize im Sozialismus‘ Thema. Zum Problem wird also, wie die Informationsfunktion von Märkten genutzt werden kann, ohne genau diejenigen „Markthebel“ zu bestärken, in deren Logik es liegt, dass ihre volle Wirksamkeit eine möglichst reine Marktwirtschaft unterstellt.

Eine Antwort auf die Frage, wie eine nachkapitalistische Gesellschaft mit Märkten umgeht, wird folgende notwendige Momente enthalten:

- a) Gesellschaftliches Eigentum (= Wegfall von Kapitalmärkten). Entstehen einer Öffentlichkeit, die die Betriebe beobachtet. Sie wird gefördert bspw. durch Organisationen, die bereits heute entstehen, wie z. B. Coordination gegen Bayer-Gefahren, foodwatch,
- b) Überwindung der durch Märkte naheliegenden Sozialbeziehungen (Gleichgültigkeitsbarrieren auf Märkten zwischen Produzenten, Konsumenten und von Konsum sowie Produktion indirekt Betroffenen, Primat instrumentellen Verhaltens gegeneinander, Ausnutzung der Schwächen anderer, Problemvermarktung i. U. zu Problembearbeitung und -vermeidung),
- c) Absage an sog. Zentralplanwirtschaft und ihre vermeintlich bessere Realisierung durch Informations- und Kommunikationstechnologien,
- d) Absage an marktsozialistische Konzepte, die die Punkte b, f-h übergehen,
- e) Rechenschaft über das gesellschaftlich vorfindliche Leistungspotential; Rechenschaft über die gesellschaftlich durchschnittliche notwendige Arbeitszeit zur Produktion; Beurteilung, wie effizient und effektiv Betriebe arbeiten (ob sie mehr Zeit und Aufwand brauchen als diese Durchschnittsgröße beinhaltet). (Effizient zu arbeiten heißt, mit möglichst wenig Aufwand möglichst großes Ergebnis zu schaffen. Effektiv zu arbeiten heißt, das wirklich benötigte Produkt zu produzieren.) Absage an pseudoradikale Positionen, die die beschriebene Informationsfunktion von Märkten in Bezug auf diese Fragen übergehen.
- f) Die Leistungsgrenzen von Preisen werden überschritten durch qualitative Indikatoren. Produktlinienanalysen, Umweltbilanzen, Technikfolgeabschätzung u. a. Verfahren erlauben es, die qualitativen Wirkungen von Arbeiten, Dienstleistungen und Produkten zu beschreiben. Erweiterung der Bilanzen von Betrieben über die betriebswirtschaftlichen Kriterien hinaus – um Kriterien der Arbeitszeit als Lebenszeit, der Auswirkungen der Produkte auf die Konsumenten, der ökologischen

Effekte usw. Die Punktwerte in der erweiterten Bilanz bilden die Grundlage für Auftragsvergabe, Kredite, Besteuerung und Subventionen.

g) Ausdünnung von internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Abrüstung des Weltmarkts.

h) die Zahl der Waren verringert sich (wg. öffentlicher Daseinsvorsorge, Leihen i. U. zu Kaufen, Verlängerung der Lebenszeit der Produkte u. a.).

An diesem Beispiel wird deutlich: Oft bildet schon die genauere Beschreibung und Analyse der Problematik einen Schritt, sich vertretbaren Lösungen anzunähern. Es geht nicht um ein perfektes Modell, sondern um ein Wissen von Problemen, Spannungsverhältnissen und Strukturen.

Ein Blick in meine Artikel zum Thema oder meine Bücher von „Wie der Kapitalismus unnötig werden kann“ (Münster 2014, 2. Aufl. 2016) und „46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge“ (Münster 2016) zeigt: Die Lösung der Probleme der Ökonomie (z. B. Informations-, Kommensurierungs-, Steuerungs-, Allokations- und Integrationsprobleme) wird von mir nicht dem „Formelbuch einer Kommensurabilitäts-Behörde“ „auf der Grundlage der Wertabstraktion“ überantwortet, wie Ihr in polemischem Übermut behauptet.

Ihr verwerft in Eurer Stellungnahme zu meinem Artikel die Arbeit daran, sich auf die Fragen einzulassen, die Linken immer wieder gestellt werden: „Was sind Konzepte, die mich davon überzeugen, dass wir mit einer nachkapitalistischen Gesellschaft nicht in größere Übel als die der Gegenwart geraten? Was für Hinweise gebt Ihr dafür, wie die Ursachen, die die gegenwärtige Verantwortungslosigkeit (von der Ihr in Eurer Antwort auf meinen Artikel sprecht), überwunden werden können? An was für Vorkehrungen denkt ihr Linken, die Euch annehmen lassen, dass die bekannten Negativerfahrungen (im Ostblock, in Genossenschaften und in selbstverwalteten Projekten) sich nicht wiederholen müssen?“ Wie kommt Ihr auf „Aufforderungen zur Passivität“ angesichts meines Plädoyers, solche Fragen ernst zu nehmen? Auf diese Fragen gut zu antworten ist etwas völlig anderes als zu sagen: „Etwas besseres als die bürgerliche Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie lässt sich nicht finden.“

Eine Antwortmöglichkeit lautet: „In einer neuen Gesellschaft gibt es ganz andere Mentalitäten und völlig neue Menschen. Insofern stellen sich die heutigen Probleme nicht mehr.“ Das mag im Resultat günstigenfalls so sein. Der Hinweis auf eine grundstürzende Transformation der Sitten bildet keine Antwort auf die Frage nach dessen institutionellen und strukturellen Voraussetzungen. Von Leuten, die eine nachkapitalistische Gesellschaft anstreben, werden Hinweise erwartet, wie diese Regelungen, Institutionen und Strukturen aussehen können. Sonst bleibt es bei der bloßen Versicherung, die man glauben kann oder eben nicht, und bei einer Tautologie („alles neu und anders in der neuen und anderen Gesellschaft“). Der entsprechende Voluntarismus von Mao Tse tung und Che Guevara hat in den 1960er und frühen 1970er Jahren viele Linke begeistert, bildete aber nur die einfache Gegenposition zum „technokratische Planungssozialismus“. Den verneint ihr zu Recht. Sein kritischer Zwilling ist der heroische Utopismus. Ihn tragen Regime wie eine Monstranz vor sich her, die die Bevölkerung moralisch erziehen und mobilisieren wollen: „Der sozialistische neue Mensch/Übermensch kennt keine Grenzen und schwierigen Probleme.“¹ „Immer wieder wird das Kommunistische auf eine bloße Wollensfrage reduziert und werden die Grenzen des ‚Wollen-Könnens‘ unterschätzt bzw. ignoriert. Die Frage, wie Bedingungen gestaltet werden,

1 Ein Statement eines Ökonomen aus der frühen Zeit des Stalinismus, das auch typisch ist für die Mentalität während des „großen Sprunges“ und der „Kulturrevolution“ in China, lautet: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Wirtschaft zu studieren, sondern sie zu verändern. Wir sind nicht durch Gesetze gebunden. Es gibt keine Festungen, die nicht von den Bolschewiki eingenommen werden könnten. Die Frage des Tempos wird von den Menschen entschieden“ (zit. n. Shapiro 1961, 386).

unter denen Kommunismus ‚gewollt werden kann‘, tritt hinter die Frage, warum denn so viele ihn (scheinbar) nicht wollen (oder nicht leben), zurück“ (Lutz Brangsch: Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. In: Ders., Michael Brie (Hg.): Das Kommunistische. Hamburg 2016, S. 120).

Warum ist es erforderlich, heute über Probleme einer nachkapitalistischen Gesellschaft nachzudenken? Dazu heißt es in Eurer Kritik: „Wie die spätere Zukunft sich ... darstellen wird ..., werden wir dann wohl zu gegebener Zeit sehen. Werden es deutlich genug sehen können“. Ihr haltet es mit Napoleon: „On s’engage, et alors on voit“. Sinnverwandt sind Sätze wie „Man begibt sich ins Gefecht und wird sehen“ und „Schau’n wir mal, dann sehen wir schon.“ Diese Position klingt ungemein praktisch, ist es aber nicht. Im Abschnitt „Zum Schluss“ des Rundbriefes heißt es: „Wir stützen uns also auf nicht viel mehr als auf uns selbst, wenn wir sagen, dass wir eine andere Sozialität wollen.“ Wo bleibt hier die Auseinandersetzung mit anderen außerhalb der Kreise von „uns selbst“? Ohne sie wird es keine nachkapitalistische Gesellschaft geben. Wir haben es heute mit einer Situation zu tun, in der eine Menge Erfahrungen mit wirklichen oder vermeintlichen Alternativen zum Kapitalismus vorliegen. Und nicht nur damit. Wer heute z. B. von Basisdemokratie positiv redet, sollte schon 2, 3 Hinweise geben können, wie mit ihren Schwierigkeiten bereits in größeren selbstverwalteten Projekten erfolgreich umgegangen werden kann. Wer heute einen Verbund von Kooperativen empfiehlt, sollte schon ansatzweise antworten können auf Fragen, wie sich problematische Tendenzen in bestehenden Kooperativ-Verbänden (wie z. B. bei Mondragon) vermeiden lassen. Die Versicherung, Ihr hättet ganz etwas anderes vor, stellt sich nicht dem Einwand „Der Weg in die Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.“ Eine Position zieht nicht, die sagt: Noch niemand hat’s versucht, also sind wir die ersten und können bzw. müssen von keinerlei Erfahrungen lernen.

Im vorletzten Absatz der Kritik heißt es: „Uns allzusehr über eine entfernte Utopie Gedanken zu machen, die konkret zu denken noch nicht möglich ist, trennt uns lediglich von der gegenwärtigen, konkreten Situation, in der allein wir sie bewirken könnten.“ Sich „a l l z u s e h r“ Gedanken zu machen ist gewiss immer ungünstig. Sich aber k e i n e Gedanken zu den Problemen der nachkapitalistischen Gesellschaft zu machen ist nicht minder nachteilig. Dass manches der Zukunft vorbehalten bleibt, ist kein Hinderungsgrund dafür, über sie so weit nachzudenken, wie dies heute möglich, gegenüber den Einwänden erforderlich und für die Verbreiterung der Basis von denjenigen, die für eine nachkapitalistische Gesellschaft eintreten, praktisch dringend geboten ist.

Schluss: Euer Text enthält Esprit und Energie, aber auch Pseudosouveränität. „Sie begeben sich gar nicht in die Dinge selbst, in die Fragen selbst hinein, sondern glauben darum über ihnen zu sein, weil sie nicht in ihnen sind“ (Adorno). Eure Position ist, mit „Räten“, „Föderalismus“ und „Kommunalismus“ würden sich die beschriebenen Probleme nicht stellen oder leicht lösen lassen. Eine Begründung fehlt komplett. So bleibt es bei selbstgewissen Behauptungen und Versicherungen. Die genannten Konzepte missraten bei Euch insofern zu „Worten, welche das Herz erheben und die Vernunft leer lassen, erbauen, aber nichts aufbauen“ (Hegel). Vielleicht tut Ihr Eurem Anliegen damit keinen guten Dienst, vielleicht drückt Ihr das, was Ihr könnt und wollt, aber auch mit Eurem Text angemessen aus.

Aus dem

Rundbrief „Commonismus und Kommunalismus in und um Berlin“ vom 1.5.2018:

Zum Schluss

Wir setzen auf den beharrlichen Aufbau der kommunalistischen Bewegung und auf eine Theorie, die diesen Aufbau begleitet, eine Theorie, die wirklich wieder einmal ein Teil unserer Praxis ist, eine Theorie also, die weiter nichts sein will als diejenige (theoretische) Praxis, in der wir uns über unsere (praktische) Praxis Klarheit verschaffen. Gegen die kapitalistisch-juridische Individualisierung als Vereinzeln setzen wir den Aufbau einer Welt der freiwilligen Assoziation, einer Kraft von Bindungen, in denen wir uns gemeinsam gegen die Zumutungen der herrschenden Welt individualisieren.

Dabei sehen wir die kommunalistische Revolution nicht etwa morgen oder übermorgen hereinbrechen. Die allgemeine Tendenz der Zeit geht vielmehr auf eine rasante Brutalisierung. Vielleicht wird in nicht all zu ferner Zukunft irgend eine große Koalition von Ungarn bis Frankreich das MG-Feuer auf die Flüchtenden eröffnen – lassen. Nichts daran würde uns überraschen, nichts uns irgendeine unserer Illusionen kosten. Wer nur ein Quäntchen historisches Bewusstsein hat (oder sich nicht blind macht für die Gegenwart) weiß: Der zivilisatorische Firnis ist hauchdünn ist. Die strukturell faschistische Lust an der Katastrophe ist massenhaft und sie verbindet sich intim mit dem alltäglichsten Konsum. Sie ist die Lust derer, die keinen anderen Ausweg sehen. Im Zentrum des Konsens' steht, so stille verschwiegen wie anspielungsreich, das „Problem der Überbevölkerung“, ein Geflüster und Geblinzel der gegenseitigen Versicherung, der Einschwörung, der Komplizenschaft, des Konformismus auf Leben und Tod. Dass diejenigen sterben sollen, die nur ihr Leben haben, ist nur eine einfache Folgerung dessen, was ist. Die Brutalisierung ist nichts Außergewöhnliches und sie erregt auch keinen Anstoß, denn sie ist weiter nichts als die natürliche Konsequenz der dominanten Produktionsweise und der Lebensrealität ganzer Gesellschaften. Damit hat die kommende Brutalisierung, von der wir sprechen, schon von vornherein, was der Revolution fehlt und dessen die Revolution am meisten bedarf: Realität.

Wenn wir die Kommune aufbauen, geht es vor allem darum, eine grundlegend andere geistig-materielle Realität zu entwerfen, eine andere Wirklichkeit Gestalt annehmen zu lassen, die spürbar ist und attraktiv.

Wir machen uns keine Illusionen darüber, dass dies nur gegen die größten Widerstände möglich ist. Die ganze Organisation der kapitalistischen Gesellschaften steht einer Welt des kommunalistischen Föderalismus entgegen. Das System der abhängigen Arbeit so sehr wie das System der Abdankung in der Politik haben längst das ihrige getan. Was in diesen beiden großen Sphären der modernen Gesellschaften, was in „Ökonomie“ und „Politik“ eigentlich geschieht, ist im Kern eine massenhafte und lange schon wirksame Erziehung zur Verantwortungslosigkeit, zur Distanzierung vom eigenen Handeln, zur Resignation und zum Fatalismus, bis weit in die linke „Szene“ hinein. Die Trennung von der Situation und von einander durch die Trennung vom eigenen Tätigkeitsvermögen, sowohl in der abhängigen Arbeit (und sei sie auch „selbständig“) als auch in der Politik, ist nicht nur die Realität der Entmündigung, „Ausbeutung“ und Isolation. Sie ist vor allem diese gründliche Erziehung zur Verantwortungslosigkeit und zur Passivität, zum Verzicht auf die Initiative, eine Erziehung im großen Stil, die heute nirgendwo thematisch ist, nicht einmal in der sogenannten „radikalen“ Linken, und die nur in einer schwelenden allgemeinen Traurigkeit ihren Ausdruck findet. Die Brutalisierung ist das Natürliche. Alles, was wir von der Zukunft erwarten, ist eine einzige Katastrophe. An den Schwindel der historischen Dialektik können wir nicht glauben. Sie ist der metaphysische Trost und das Geschehen-lassen der Verzweifelten.

Wir stützen uns also auf nicht viel mehr als auf uns selbst, wenn wir sagen, dass wir eine andere Sozialität wollen, eine andere Art der Zusammenfügung und das Einfache, das schwierig zu machen ist: Wir wollen eine Kraft, die dieser Tendenz der Brutalisierung und der lange schon kommenden Katastrophe, die Spitze brechen und so bald als möglich eine Wende einleiten kann, bevor die Nacht kein Ende hat.

Um eine solche Kraft zusammen zu fügen ist es aber nötig, sich, so gut es geht, auch bei

unterschiedlichen Ansichten nicht zu trennen und stattdessen an ihrer Integration zu arbeiten. Den Mut und die Bereitschaft, eigene Positionen ggf. zu korrigieren und preiszugeben, haben indes nur die wenigsten. Sie vertragen sich auch schlecht mit den materiellen Zwängen dieser Welt.

Das, was beinahe unsere Verzweiflung an der sogenannten „radikalen“ Linken ausmacht, ist neben all ihren anderen Fehlern – ihrer akademischen Domestizierung, ihrem Theorizismus-Praktizismus, ihren Schwierigkeiten, das Wirkliche zu denken, ihrem Soziologismus, ihrer subkulturellen Koexistenz, ihrer Verstrickung in den strukturalistisch-moralistischen Komplex usw. – auch diese fehlende Bereitschaft, ist die Drübersteherei eines theoretischen Heroismus, der sich der Praxis dadurch entschlägt, sich der Dynamik einer schismatischen Fraktalisierung und fortgesetzten Trennung zu überlassen, die ihn in die Isolation treibt, um spätestens hier, in dieser Isolation, recht zu behalten, wenn er die Praxis für unmöglich erklärt. Wir verfolgen den umgekehrten Weg, den Weg der Rücknahme bestehender Schismen und der dissensuellen Integration. Wir wollen eine Kraft wachsen sehen, die in der Lage ist, gemeinsam zu handeln und dies nicht nur punktuell!

Eine „kritische & konstruktive Auseinandersetzung mit der Veranstaltung und dem Referat“ vom 8. April sendet uns Meinhard Creydt. Sie trägt den Titel **Wunschdenken über Commons bzw. „Commonismus“, Basisdemokratie und „Vernetzung“** und ist zu finden unter:
<http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2018/04/creydt0418.pdf>

Der Vortrag von Jochen Klinger, den Meinhard Creydt einer Kritik unterzieht, bildete eher zufällig den Ausgangspunkt dieses einmaligen Rundbriefs. **„Der Kommunismus ist tot, es Lebe der Commonismus! Wenn es doch nur so einfach wäre ...“** und alles schon damit getan, ein belastetes Wort durch ein häßliches, durch einen etwas häßlichen Neologismus zu ersetzen. Aber so einfach ist es nicht, auch wenn Schwierigkeiten im Vortrag solchen Titels von Jochen Klinger nur durch die Abwesenheit ihrer Problematisierung hindurch gehaut werden konnten. Der Vortrag mag eher assoziativ und in theoretischer Hinsicht von einer gewissen Betulichkeit, wenn nicht von einem theoretischen Absentismus getragen gewesen sein. Meinhard C. aber macht es sich unserer Ansicht nach auf andere Weise gar zu einfach. Mit Jochen K. ist er sich einig, dass „eine grundlegende Transformation (Überwindung des Kapitalismus) [...] Bedingung der gesellschaftlichen Verallgemeinerung von Commons [sei].“ Doch über diese zauberhafte „Transformation“, die er zur „Bedingung“ machen will, erfahren wir – nichts. Die „Überwindung des Kapitalismus“, seine „Zerschlagung“, „Abschaffung“, „Aufhebung“ usw. ist – je nach theoretischer Präferenz – ganz einfach die Worthülse, die genau dort eingesetzt wird, wo das wirkliche Denken der wirklichen Transformation aufhört, und die uns das Ungedachte nur kennzeichnet, indem sie es kaschiert oder verdeckt, indem sie die Lücke durch ein bloßes Wort zu füllen versucht. Doch diese ewig rätselhaft sich entziehende „Bedingung“ des Handelns ist nicht die einzige Aufforderung zur Passivität, die aus dem Text von Meinhard C. an uns ergeht.

Da ist vor allem das große Problem, an dem sich schon der technokratische Planungssozialismus der 70er Jahre mit Notwendigkeit die Zähne ausgebissen hat (eine Notwendigkeit, über die wir uns auch von Derrida belehren lassen dürfen) und das uns nun wiederum in den Weg treten will: „die nachkapitalistische Gesellschaft“ zunächst einmal zu durchdenken und allerhand Fragen, die sich für jede*n Einzelnen(!) und daher natürlich auch für Meinhard C., in diesem Zusammenhang bezüglich ihrer „gesamtgesellschaftlichen Koordination und Planung“ stellen, vorab – bevor man den ersten Schritt getan hat und so von Ferne – zunächst einmal zu beantworten. Diese Einstellung überrascht uns um so weniger, als die „Basisdemokratie“ im Text nur als „Leerformel“ zur Sprache kommt.

Hier spätestens ist der Punkt erreicht, an dem sich der Übergangs zu den allergewöhnlichsten

bürgerlich-parlamentaristischen Ideologemen fast von selber vollzieht, wie sich in einer Seitenbemerkung über die „Problem[e] der Basisdemokratie“ zeigt: an erster Stelle – der „Zeitaufwand“. Wo Beratung, Deliberation und Produktion, Hand- und Kopfarbeit, auseinandergetreten sind, um sich als „Ökonomie“ und „Politik“ in ihrer heutigen Form, samt ihrer internen Verteilung von Funktionen, zu konstituieren, war der Einwand zugleich der Politiker wie der Ökonomen schon stets: „Die Arbeiter*innen haben keine Zeit für die Politik; denn sie müssen ja arbeiten.“ Dieser Einwand hat die Evidenz des Faktischen der kapitalistischen Gesellschaften auf seiner Seite. Von der Abschaffung von „Ökonomie“ und „Politik“ durch ihre Reintegration und die Aufhebung der Sphärentrennung in den Räten, Versammlungen und Gremien der Föderationen weiß eine solche Position nichts. Ihre Perspektive ist staatlich. Was sich übrigens leicht schon an ihren historischen Beispielen und den daraus abgeleiteten „Problemen“ ablesen lässt: „Steuerungsimpulse“ etwa, um die „Verwendung des subventionierten Brotes als Viehfutter“ zu verhindern. Die *kommunistische* Revolution, die wir anstreben, hat ganz andere Dimensionen. Sie dringt tiefer ein und impliziert eine so grundlegende kulturelle Umwälzung, dass wir uns wirklich nicht vorstellen können, weshalb die Leute ihr Getreide erst zu Brot verarbeiten sollten, um es sodann an ihr Vieh zu verfüttern!

Wenn man eine staatliche Perspektive einnimmt und also von der Kommunikation der Vielen absieht, stellen sich sogleich lauter Fragen, die sich *in abstracto* schwerlich beantworten lassen: „Wie ist zu erreichen, dass die verschiedenen Betriebe und Organisationen einander zuarbeiten, also gute Leistungen füreinander erbringen? Wie lässt sich die Kompatibilität der verschiedenen Wirtschaftsaktivitäten ermöglichen?“ usw. Das Aufwerfen von falschen Fragen aber, die oft nur deshalb falsch sind, weil die Bedingungen und Prämissen, unter denen sie aufgeworfen werden, ihre Beantwortung *zugleich* verunmöglichen, hat vor allem den einen Effekt – einer effektive Selbst-Blockade, den Effekt also, zur Passivität zu erziehen und in die Passivität zu *bannen*, insofern ihre (unmögliche) Beantwortung als Bedingung des Handelns einhergeht.

Das wäre nicht weiter schlimm, wenn man diese „Probleme“ nur für sich behielte. Noch besser ist es aber und ganz in unserem Sinne, sie auszusprechen, um so eventuell der Widerlegung ihrer Triftigkeit eine Gelegenheit zu geben und zur Aufklärung der Gedanken beizutragen, der eigenen und der Gedanken der anderen.

„Kommensurabilitätsproblem[e]“, „Informationsproblem[e]“, „Allokationsproblem[e]“, „Steuerungsproblem[e]“, „Integrationsproblem[e]“ – wo man hinblickt, sind wir von Problemen umstellt, sobald wir Fragen, die nur praktisch und in einem kollektiven Prozess gelöst werden können, vorab theoretisch gelöst sehen wollen. Also: Keine Bewegung!

Fragen zumal, die uns bezeichnender Weise nichts über den Weg sagen, sondern die sämtlich – was beinahe in den Bereich der Komik gehört – „die nachkapitalistische Gesellschaft“ betreffen. „Dem Vortrag über ‚Commonismus‘“, sagt uns Meinhard C., „lag die richtige Einschätzung zugrunde, es reiche nicht aus, ‚nur‘ Kritik zu üben, erforderlich sei auch, über die nachkapitalistische Gesellschaft, also das anzustrebende Ziel, etwas aussagen zu können.“ Jawohl! Allerdings brauchen wir ein Ziel, über das wir „etwas“ aussagen können! Und je entfernter dieses Ziel ist, desto sicherer wird es uns wohl die Richtung weisen können. Desto entfernter es jedoch ist, desto verschwommener und abstrakter wird dasjenige, was wir darüber sagen können und zu sagen können erwarten dürfen aber auch sein. So in der Art: Die nachkapitalistische Gesellschaft soll „gerecht“ sein; was aber nicht heißen kann, dass der „Wert“ hier, während er sich nicht mehr, wie eben noch, praktisch in der Preisbildung herausstellte, durch eine Kommensurabilitäts-Behörde festgestellt werden wird. Sondern „gerecht“ eher so in etwa, dass es allen mit einer gemeinsamen Situation gut gehen soll und sie ihr aus freien Stücken zustimmen können sollen. Das „Kommensurabilitätsproblem“ auf der Grundlage der Wertabstraktion aufzuwerfen, heißt ganz einfach eine Frage zu stellen, die sich nicht beantworten lässt und deren Beantwortung zu verlangen, lediglich die wirkliche Bewegung blockiert und uns derart von unserem Ziel trennt.

Was uns viel dringender zu interessieren hat als möglichst bald das Formelbuch der zukünftigen Kommensurabilitäts-Behörde zu schreiben und den Instrumentenkasten der zukünftigen Steuerungs-Behörde zusammenzustellen, ist, uns vor allem danach umzutun, was wir gerade jetzt für unser Ziel tun können. Uns allzusehr über eine entfernte Utopie Gedanken zu machen, die konkret zu denken, noch nicht möglich ist, trennt uns lediglich von der gegenwärtigen, konkreten Situation, in der allein wir sie bewirken könnten. Eingreifend handeln lässt sich immer nur gerade jetzt. Wie die spätere Zukunft sich *daraufhin* darstellen wird und gar eine so späte (und im Übrigen äußerst fragliche) Zukunft, da die „nachkapitalistische Gesellschaft“ uns die Freude bereitet, in die Gegenwart hineinplatzen zu wollen, werden wir dann wohl zu gegebener Zeit sehen. Werden es deutlich genug sehen können, um dann wiederum gerade jetzt zu handeln, was in der Zukunft nun einmal so wenig wie in der Vergangenheit möglich ist.

All diese „Probleme“ sind uns einstweilen nur ein Symptom unter vielen der desolaten Lage der „radikalen“ Linken, ihres Theorizismus-Praktizismus, also einer theoretischen Praxis ohne Praxis (im engeren Sinn), der eine praktische Praxis ohne Theorie gegenübertritt und umgekehrt. Was wir wollen, ist ganz anderer Art, ist tatsächlich ein praktisches Projekt, darin die theoretische Praxis eine praktisch fördernde Funktion erfüllt. Was wir wollen, ist auch beileibe kein staatliches Projekt, sondern eine wirkliche demokratische Revolution, d.h. das Ende des Staates und den Föderalismus der Gruppen und Kommunen. Aber es ist natürlich auch möglich, dass wir im Irrtum sind. Und man wird nun Meinhard Creydt lesen müssen, um selbst seine Kritik, und diese nicht etwa nur durch unsere Einwände gegen sie, kennenzulernen.